



Widerrede Panel 2: „Soziale Gerechtigkeit oder Freiheit?“

anlässlich der Denk ich an Deutschland-Konferenz der Alfred Herrhausen Gesellschaft
und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Von Andreas Rödder gehalten am 25. November 2009

I.

Die Ideologie der alten Bundesrepublik

Das Ende der Geschichte schien erreicht. Als im Frühjahr 1989 40 Jahre Bundesrepublik gefeiert wurden, stimmten Bürgerliche und Linke gleichermaßen in die Hymnen von der „Erfolgsgeschichte“ des „Modell Deutschland“ ein. Die Bundesrepublik war bei sich selbst angekommen wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Und dann die Apotheose: des Exitus des notorischen Antipoden DDR, und mehr noch: die Wiedervereinigung, obendrein ganz nach dem Muster der längst vergessenen Magnettheorie – die kühnsten Hoffnungen des Westens wurden noch übertroffen. Franz Beckenbauer prophezeite, die Nationalmannschaft des vereinten Deutschland werde auf Jahre unschlagbar sein – bis sie 1994 im WM-Viertelfinale gegen Bulgarien auf der Strecke blieb. Bald war das ganze Land gemeint, wenn vom „Abstieg eines Superstars“ die Rede war. Die „Erfolgsgeschichte“ versank publizistisch im Krisenszenario. Aber das „Modell Deutschland“ blieb der Referenzpunkt des gesellschaftlich-politischen Denkens der Deutschen.

„Modell Deutschland“: das bedeutete Friede und politische Stabilität, ökonomische Leistungskraft und Massenwohlstand, und das bei moderater sozialer Ungleichheit. Die Parolen der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ und der westlichen Freiheit gerannen zur Ideologie der Bundesrepublik im Kalten Krieg. Die Ideologie der „Erfolgsgeschichte“ aber trübte den Blick für die Realitäten, denn im „Modell Deutschland“ traten Risse auf, und zwar vor 1989.

II.

Sozialstaat und Selbstverantwortung

Seit dem Ende des Nachkriegsbooms im Jahre 1973 sahen sich die westlichen Wohlfahrtsstaaten mit strukturellen Problemen konfrontiert, weil verschiedene Entwicklungen ihre Fundamente unterspülten. Dazu zählten die Tertiarisierung und der Wandel von Arbeitswelt und Beschäftigungsstruktur, dazu zählten der Geburtenrückgang und die Alterung der Gesellschaft, und dazu zählte auch die Zuwanderung, die in Deutschland ein gesellschaftlich-politisches Desaster ohnegleichen darstellte: Denn man hatte millionenfach Arbeitskräfte angeworben, die aufgrund des ökonomischen Strukturwandels bald in hohem Maße nicht mehr gebraucht wurden und daher in besonderem Maße der Arbeitslosigkeit anheimfielen. In der Vorstellung, dass sie nach einigen Jahren wieder nach Hause zurückkehren würden, waren ihnen unterdessen unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen erteilt worden – und als sie dann im Lande blieben und Gastarbeit in millionenfache Einwanderung übergang, reagierte man mit dem Manifest der Realitätsverweigerung: Deutschland sei kein Einwanderungsland, während die Gesellschaft durch die Migranten, wie es soziologisch hieß, unterschichtet wurde.

„Unterschichten“ aber kamen im Selbstbild der „Mittelstandsgesellschaft“ nicht vor; sie wurden tabuisiert und dem Sozialstaat überstellt. Dieser Sozialstaat hatte nach 1945 durch staatlich regulierte Umverteilung die soziale Frage gelöst und sozialen Frieden in der Bundesrepublik herbeigeführt – eine beispiellose historische Leistung.

Aber er war dabei nicht stehen geblieben. Vielmehr brachte eine fortschreitende „Entgrenzung des Sozialen“ (Kurt Biedenkopf) die Balance zwischen sozialer Sicherheit und Freiheit, zwischen staatlicher Umverteilung und individueller Selbstverantwortung aus der Balance.

Dass die „Unterschichten“ sozialstaatlich ver- bzw. entsorgt wurden, reduzierte die Anreize für eine Aufstiegsmobilität, von der die Bundesrepublik lange gelebt hatte, die ihr aber zunehmend verloren ging. Zugleich drang bis weit in die Mittelschichten hinein die Haltung vor, letztlich sei der Staat verantwortlich. Der Sozialstaat wurde von der Sicherungsagentur gegen Existenzrisiken zum „Generalagenten der Lebenszufriedenheit seiner Bürger“ mit immer weiter wachsender Zuständigkeit, aber auf einem dauerhaft nicht finanzierbaren Leistungsniveau. Verstärkt wurde die bundesdeutsche Entwicklung nach 1990 noch durch die Tradition der Staatsorientierung in der DDR, die sich nach dem Ableben des SED-Staates auf die Bundesrepublik richtete.

Das Vordringen des Sozialstaates drängte die Selbstverantwortung zurück, das Gegenstück der Freiheit. Wie aber war es um die Freiheit des Westens bestellt?

III.

Freiheit und Postmoderne

Die bürgerliche Freiheit liegt zunächst in der politischen Freiheit: den von der Verfassung garantierten Grundrechten wie Meinungs- oder Koalitionsfreiheit oder Freizügigkeit, sowie in der Teilhabe am rechtsstaatlich verfassten Gemeinwesen. Freiheit bedeutet in dieser Hinsicht Gleichheit, und in dieser Rechtsgleichheit liegt, etwa für Immanuel Kant, Gerechtigkeit. Anders sieht es mit der wirtschaftlichen Freiheit aus, denn deren Ergebnis liegt in materieller Ungleichheit. Und das gilt ähnlich, schließlich, für die gesellschaftliche Freiheit, die aus der politisch-rechtlichen Freiheit erst sukzessive erwachsen ist: vor allem durch den Abbau von vorgegebenen Konformitätszwängen zugunsten der Pluralisierung von Lebensformen.

Individualisierung und Pluralisierung waren Basisprozesse der gesamten Moderne, die sich im ausgehenden 20. Jahrhundert noch einmal erheblich verstärkten, ja radikalisierten. Seit den siebziger Jahren war von der „Postmoderne“ oder einer „zweiten Moderne“ die Rede. Dabei sorgten die Emanzipation von überkommenen Autoritäten und Mustern – von der Kindererziehung bis zur Sexualmoral –, die Entstandardisierung von Lebensläufen und die Ausweitung von Wahlmöglichkeiten für erhebliche Gewinne an individueller Freiheit und Selbstbestimmung.

Auch hier, wie beim Sozialstaat, ist der historische Befund allerdings ein Januskopf. Denn über diese Freiheitsgewinne hinaus führte die radikale Pluralisierung zu jener „Zerschlagung der Gewissheit“, die Zygmunt Baumann als das Kennzeichen der Postmoderne identifiziert hat. Und dies war Programm: François Lyotard, einer der Vordenker der Postmoderne, begrüßte die Auflösung der großen Erzählungen und Sinnentwürfe, die Zersplitterung von Ganzheit und Verbindlichkeit als Befreiung von Konformitätszwängen – heute freilich wird die Kehrseite immer deutlicher sichtbar: ein Defizit an Sinn und verbindlicher Orientierung.

Wofür steht und worauf beruht die Freiheit des Westens, so lautet die zentrale Frage. Am 1. Januar 1998 schrieb Václav Havel in der Weltwoche: „Wir genießen all die Errungenschaften der modernen Zivilisation. Doch wir wissen nicht genau, was wir mit uns anfangen, wohin wir uns wenden sollen. [...] Wir leben in der postmodernen Welt, in der alles möglich und fast nichts gewiss ist.“ Schon 1992 hatte der tschechische Intellektuellenpräsident gemahnt, der Westen wisse mit seinem Sieg im Ost-West-Konflikt nichts anzufangen.

In der Tat stellt sich die Frage: was wurde nach 1990 aus jener Idee der Freiheit, die der Westen als Banner in der säkularen Auseinandersetzung mit dem östlichen Zwangskollektivismus getragen hatte, als die Legitimationsgrundlage des Antikommunismus entfiel?

IV. Globalisierungstechnokratie

Die Geschichte der Freiheit nach 1990 ist geprägt von der pathologischen Dichotomie entgrenzter Extreme.

Wirtschaftliche Freiheit entgrenzte sich in einer ungehemmten Globalisierung, in der Deregulierung in Regellosigkeit unter dem vermeintlich alternativlosen Diktat der Märkte ohne übergeordnete Verantwortung umschlug. Die Finanz- und Wirtschaftskrise lieferte den Nachweis, wenn es seiner bedurfte, dass eine entgrenzte, voraussetzungslose Freiheit sich selbst gefährdet. Dies gilt nicht weniger für die gesellschaftliche Freiheit, die durch die „Zerschlagung der Gewissheit“ entwurzelt wurde. Zwar haben sich Demokratie und Menschenrechte als neuer Kanon des Westens etabliert – aber worauf gründet eigentlich ihre Verbindlichkeit? Sie müssen, so noch einmal Havel in seinem Artikel in der Weltwoche, „an einer anderen Stelle und auf eine andere Weise verankert sein als bisher, wenn sie mehr sein sollen als bloß ein Schlagwort.“

Kompensation für die dekonstruierte Sinngrundlage, für die verlorene Verbindlichkeit bot eine vermeintlich objektive Kategorie, die zugleich mit dem dominant gewordenen betriebswirtschaftlichen Denken konvenierte: die Zahl. Alles wurde mit einem Male quantifiziert und gerankt, ohne nach Sinn und Signifikanz zu fragen: PISA-Statistiken in der Bildungspolitik, workload von Studenten, Drittmittelsummen oder Zitationsindizes in der Wissenschaftspolitik, Kontaktminuten zwischen Eltern und Kindern in der Familienpolitik, Befreiung von Studiengebühren ab einem IQ von 130, und Zielvereinbarungen mit Grundschulkindern. Mit diesen Indikatoren wurde modelliert und konformisiert: eine neue Standard-Kindheit und Jugend von der Krippe über die Ganztagschule bis zum Bachelor – fit für die Globalisierung und innovativ, um den Standort Deutschland zu retten.

Zugleich war hier der Staat am Werk. Während autonome Individuen und gesellschaftliche Institutionen, während Familien oder Bildungseinrichtungen einer Kultur des Misstrauens anheimfielen und an Bedeutung verloren, blieb der Staat als Agent übrig: als immer tiefer vordringender Sozialstaat und als immer engmaschiger regulierender Vorschriftenstaat.

So entstand eine parteiübergreifende, staatlich induzierte Globalisierungstechnokratie, in der sich Ökonomisierung und Überregulierung in eigentümlicher Ambivalenz verbanden. Diese Melange gewann die politisch-kulturelle Hoheit, die sich nicht zuletzt in verselbständigten Sprachcodes von „Innovation“ und „Exzellenz“ manifestierte. Finanzkrise, Studentenproteste und die Hamburger Volksinitiative zur Schulpolitik

jedoch deuten an: die kulturelle Hegemonie der Globalisierungstechnokratie geht zu Ende.

V.

Tendenzwende?

Der Gesamtbefund lautet: die Dinge sind aus dem Lot geraten, weil sie das Maß verloren haben. Der Sozialstaat hat ein Übermaß an Regulierung entwickelt, das bürgerliche Freiheit erstickt, eine maßlos entgrenzte Freiheit gefährdet ihre eigenen Grundlagen, und beides hat sich in der Mesalliance einer zahlen- statt sinnorientierten Globalisierungstechnokratie verbunden.

Das alles trägt nicht. Was aber stattdessen? Historische Erfahrung besagt: das Vergangene kommt nicht zurück, weder die „alte Bundesrepublik“ und das „Modell Deutschland“, noch die postmodern verlorene Ganzheit und Gewissheit. Zugleich sind Utopien einer schönen neuen Welt ebenfalls aus historischer Erfahrung mit gutem Grunde diskreditiert.

Was bleibt, ist ein behutsamer, erfahrungsgestützter Pragmatismus, der allerdings den Mut zu einer Kategorie entwickelt: der Frage nach falsch und richtig, nach Sinn und Unsinn statt nur nach mehr oder weniger. Wir kommen nicht hinter die postmoderne Erkenntnis zurück, dass es für diese Standards keine Letztbegründungen gibt. Aber die gibt es für nichts. Dafür zeigt die hermeneutische Erfahrung, dass mit Hilfe praktischer Vernunft sehr wohl Verständigung über begründbare Standards möglich ist. Und das Reservoir unserer kulturellen Traditionen, vor allem das aristotelische Denken, stellt uns die zentrale Leitlinie von Maß und Mitte zur Verfügung.

Das gilt auch für die Freiheit zwischen überregulierenden Konformitätszwängen und selbstgefährdender Entgrenzung. Freiheit steht nicht – wie der Titel unseres Panels suggeriert – sozialer Gerechtigkeit gegenüber. Soziale Gerechtigkeit ist eben nicht gleichbedeutend mit Ergebnis- oder Verteilungsgleichheit, sondern sie entsteht aus dem rechten Maß zwischen Ungleichheit erzeugender Freiheit und gleichheitsorientierter Regulierung.

Die Freiheit, die ich meine, wenn ich an Deutschland denke, ist Teil, nicht Gegenteil einer sozialen Gerechtigkeit, die im Geiste praktischer Vernunft im Zeichen von Maß und Mitte begründet liegt. Sie fordert den Konsens über die Grundlagen und die Grundregeln unseres Gemeinwesens, und sie besinnt sich in diesem Rahmen auf den Vorrang des Individuums vor dem Kollektiv wie vor dem Staat. Sie setzt Vertrauen an die Stelle jener Kultur des Misstrauens, die unter dem Diktat der Zahl gedeiht, weil nur das akzeptiert wird, was metrisch messbar ist, und sie greift dort ein, wo dies nicht

funktioniert. Sie gewährleistet Selbstbestimmung und fordert soziale Verantwortung, ja: bürgerliche Moral.

Man mag einwenden, angesichts einer wachsenden Zahl und Mehrheit von Transferempfängern und einer entnationalisierten Ökonomie sei dies illusorisch. Das wäre die Kapitulation in Erwartung der Katastrophe – ein Fatalismus, der sich historisch noch nie als sinnvoll erwiesen hat.

Vertrauen auf praktische Vernunft, auf falsch und richtig, auf Maß und Mitte, auf Freiheit und soziale Verantwortung – das ist zunächst eine Frage der Haltung. Mit der Haltung aber fängt alles an, und ohne sie ist alles nichts. Diese im besten Sinne bürgerliche Haltung zu gewinnen, ist die Aufgabe. Die Krise der Globalisierungstechnokratie bietet die Chance.